

Schichten mehr geschadet, als genutzt. Redner dringt auf beschleunigte Bewerksstellung der Unterstützungen. Bei den Unterbehörden seien Verzögerungen infolge der Schwierigkeit des burokratischen Apparats vorgekommen. — Staatssekretär Wermuth: Auf die vom Abg. Geyer aufgeworfene Frage der Zigaretten-Arbeiter kann ich eine bestimmte Erklärung nicht abgeben, da sich der Bundesrat damit noch nicht beschäftigt hat. Es sprachen aber starke Gründe in der Fassung des Gesetzes gegen die Absicht, die Unterstützungen nach einer Richtung auszudehnen, und ich möchte auch bezweifeln, ob ein innerer sachlicher Grund vorliegt zu einer solchen Ausdehnung des Gesetzes. Die zoll- und Postbehörden haben sich im allgemeinen ihre Ausgabe mit größtem Eifer angelegen sein lassen. — Abg. Dr. Burchardt (Wirtsh. Vgg.): Auch die Sozialdemokraten seien an der Tabaksteuer mit schuld, denn er durch ihren Entschließungsantrag hätten sich viele Abgeordnete bewogen gefunden, für die Steuererhöhung zu stimmen. (Lachen links.) — Abg. Gräberer (Rechts): betreitet, daß die Arbeiter dadurch geschädigt seien, daß sie nur Unterstützungen, nicht Entschädigungen erhalten. Die Sozialdemokraten hätten kein Recht, denn sie hatten ja seinerzeit gegen den Antrag auf Unterstützung gestimmt. (Widerstand, Jawohl, weil ihnen die Begrenzung auf 4 Millionen nicht gepasst hatte.) Die Hauptschuld an der Tabakerhöhung so, wie sie beschlossen worden sei, falle den Nationalliberalen zu; denn in der Kommission sei man mit der Ablehnung der betreffenden Vorlage einig gewesen bis zu dem Augenblick, da die Nationalliberalen den sichenden Streit des Tabakvereins flammachten: Aber müßt nachgeben und auf irgend etwas eingehen, weil sonst die Sache entsticht. daß Monervative und Zentrum die Sandekoleseuer verschließen. Zur Not hätten die Nationalliberalen sogar 30 Millionen an Tabaksteuer zugelegt, nur um ihren geliebten Blod zu retten, und noch in ihrem letzten Antrage Weber-Mommien wollten sie der Tabakindustrie 10 Millionen aufladen, während unsere Mehrheit nur 15 Millionen auferlegt hat. Uns da Vorwürfe zu machen, das gehört in das Kapitel der politischen Heuchelei.

Aba Weber (nat.) tritt dem entgegen. Die Nationalliberalen hatten keine Vorschläge gemacht, durch die eine noch größere Belastung des Tabakgewerbes herbeigeführt werden wäre. Sein eigener Wertsteuerzuschlag habe nur ein Mehr von 7 Millionen einbringen sollen. Er habe aber diesen Vorschlag fallen lassen müssen, nachdem das ganze Tabakgewerbe sich dagegen ausgesprochen habe, und war einstimmig. Gräberger habe am wenigenen Anteil den Nationalliberalen Vorwürfe zu machen. Sieg doch gerade er im Glasdrucke. 1907 bei der Wahlkampfleitung habe Gräberger eine Broschüre herausgegeben, in der den Wahlern gezeigt wurde, daß Zentrum wolle im Gegenzug zum Bloß keine Vermehrung der indirekten Steuern, und auch die Viebedeckung wolle das Zentrum ablehnen. Diese Broschüre, Herr Gräberger, schaffen Sie nicht mehr aus der Welt! (Lebhafte Beifall rechts.) — Aba. Moltenbuhr (Soz.) wider spricht der Darstellung Gräbergers, daß die Sozialdemokraten gegen die Unterhöhung der Tabakarbeiter gestimmt hätten. Sie hatten nur die Begrenzung der Unterhöhung auf 1 Millionen abgelehnt. — Aba. Gräberger: Sie haben jedenfalls gegen die Unterhöhung gestimmt. (Erregte Rufe bei den Sozialdemokraten: Unserheit!) Das ist nicht unerhort. Sie haben zwar die Begrenzung nicht haben wollen; aber als Abstimmung bei

derenzung nicht haben wollen, aber als vorzeitig bei der zweiten Leistung fiel und der Zentrumsantrag angenommen worden war, als dann bei der dritten Leistung der Antrag Biesbergs in Frage kam, da haben Sie gegen ihn gewinnt. Damit haben Sie also überhaupt gegen die Unterstüzung gestimmt. Ohne die Begrenzung auf 4 Millionen wäre die Tabaksteuererhöhung überhaupt geblieben. — Abg. v. Stamm (Reichsp.) stellt fest, daß von ihm selbst schon bei der ersten Leistung des Tabaksteuergesetzes die ganze Anregung zur Unterstüzung etwa gehobadischer Tabakarbeiter gegeben worden ist, daß er damit aber keineswegs sofort auf liberaler Seite Zustimmung gefunden habe. — Abg. Weber (nat.) bezeichnet das als untreffend. Unrichtig dagegen sei die Behauptung Gräbners, die Nationalliberalen hätten den leitenden Persönlichkeiten im Tabakverein gesagt, sie sollten nachgeben, sonst falle der Block auseinander. Er und seine Freunde hätten an einer solche Meldung an den Tabakverein gar nicht gedacht. Darüber sei sich der Tabakverein allerdings klar gewesen, daß das Tabaksgewerbe um rund 30 Millionen neue Steuern nicht herumkomme, wosfern nur gleichzeitig auch eine wirkliche Preissteuer eingeführt werde. — Schließlich wird die Erhöhung der Unterstüzung einstimmig angenommen; ebenso der Rest des Nachtragsvorschlages. — Darauf begründet Abg. Biesberrg die Ben-

— Zuruf beginnend abg. 19.3.1940 im Zentral-Intervallbett den **Zwangsarbeitsnachweis der Arbeitgeberverbände im Ruhrkreis**. Es herrsche eine unheilige Aufregung im rheinisch-westfälischen Bergbaukreis. Auf eine Reichswelle der Bergarbeiterverbände beim rheinischen Handelsminister habe dieser ablehnend geantwortet mit einer Motivierung, die von den Arbeitern für das Haus unzulänglich angesehen werde. Der Zwangsarbeitsnachweis sei tatsächlich nicht so harmlos, wie der Befehl des Ministers ihn darstelle. Die Arbeitsnachweise der Unternehmer seien nur dann da, den Arbeitsmarkt ein-

der Unternehmer seien nur dazu da, den Arbeitsmarkt ein-
fach zugunsten der Unternehmer zu beeinflussen, die Löhne
zu drücken und die Gewerkschaften zu kontrollieren. Bei
der Arbeitsmarkt ein zentralisiert, dann könne jede Ge-
werkschaft, auch die berechtigte, unterdrückt werden. Herr
z. Bethmann-Hollweg habe das Wort geworfen, es gelte,
die Arbeiterbewegung einzurichten in die bürgerliche Ge-
sellschaft. Die Bergwerksbesitzer wollten sie dagegen aus-
schließen aus der bürgerlichen Gesellschaft. Redner fürchtet,
sie könnten stampfen bevorreichen. — Abg. Bömelburg
z. 1. begründet die denselben Wegenstand betreffende
Interpellation seiner Partei. Die Verantwortlichen lehnten es
nicht nur ab, auf einen vorläufigen Arbeitsnachweis einz-
zugehen, sie lehnten es überhaupt ab, mit den Arbeitern
über gemeinsame wirtschaftliche Angelegenheiten zu beraten. Sie
sehen in den Arbeitern nicht Mitbürgern und Menschen,
sondern nur Werkzeuge, um aus den Erdarbeiten Gewinn
herauszuholzen. Die Minister seien einfach die Beauf-
tragten der Kapitalisten; darum erkläre sich auch die ab-
lehnende Antwort des preußischen Handelsministers. Der
Arbeitsnachweis bedeute vor allem eine Verteilung
der Kreuzigtheit. Mit dem System der Personalakten, der
dwarzen thüten, der Aushebung der Kreuzigtheit, der Ber-

chäfcer, wie sie über Verbrecher verhängt würden. Sollen größere Nebel verhület werden, dann müsse die Belebung einsetzen gegen diese Aufführung des Arbeitsnachweises, unter der weite Schichten in Sklaverei verurteilt würden. Redner fordert die einzige Einbringung eines Beleges, das den Arbeitsnachweis regelt. Das sei auch die Voraussetzung für eine Arbeitslosen-Gesicherung. Staatssekretär Dr. Fehlbaum erwidert, die Frage des

Zionssekretär Dr. Leibnitz erwidert, die Frage des Arbeitsnachweises sei heute noch nicht reif. Ich habe angedacht zu prüfen, ob der Arwanagnachweis der Reichen mit dem bestehenden Gesetze in Einklang steht. Da steht fest, daß es den Arbeitern freistehet, Arbeit zu suchen auf Grund der Arbeitsqualität, daß sie aber kein Recht haben auf eine bestimmte Arbeitsstätte. Steht das fest, so habe ich mich mit dem, was der vorsitzende Handelsminister geantwortet hat, nicht weiter zu beschäftigen. Ich werde aber im Abgeordnetenhaus gern Anhörung nehmen, Rede und Antwort zu stehen. Es bleibt also die Frage übrig, ob das Reich Minis hat, gelegentlich vorzugehen. Der Rechenarbeitsnachweis ist dem Hamburger nachgebildet. Ein Vertreter des Rechenverbandes im Ruhrrevier hat mir versichert, daß der Verband nicht daran gedacht habe, illegal vorzugehen. (Rutui links: Glauben Sie das?) Ich habe keinen Grund, an dem, was mir versichert wird, zu zweifeln. Der selbe Weinährmann versicherte mir: Glauben Sie nicht, daß wir irgend etwas tun werden, was einen Streit heraufbeschwören könnte. Wenn man den paritätischen Arbeits-

nachweis verbieten wollte, so würde das ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein. (Lachen links.) Auch der Textilarbeiterverband hat seinerzeit einen einseitigen Arbeitsnachweis errichtet mit der Absicht, dadurch einen Einfluss auf den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Das ist ihr gutes Recht, aber ebenso auch ein Recht der Unternehmer. Ich habe 316 Tarifverträge eingesehen, bei denen es sich in nur 12 Fällen um Arbeitgebernachweise handelte, in 246 Fällen um Arbeitnehmernachweise, in 41 um paritätische, in 10 um öffentliche, in 7 um Anwendungsnachweise. Sie sehen, daß der paritätische Nachweis sich keineswegs der Erfolge rühmen kann, die Sie ihm nachlügen. Die Tarifverträge sehen nicht den paritätischen Arbeitsnachweis als Norm an. Man hat sich vielmehr zunächst auf einheitliche Arbeitsnachweise geeinigt. Tatsache ist auch, daß es sich bei den paritätischen öffentlichen Nachweisen hieß um eine gewisse technische Schwerfälligkeit handelt. Es wird dabei nicht den besonderen Anforderungen des Arbeitgebers oder Arbeiters Rechnung getragen. Nun sind ja allerdings bei dem Zwangsnachweis noch besondere Momente zu berücksichtigen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als dem Arbeitennachweis des Arbeitgebers eine unparteiische Spalte zu geben. Bedenkt, daß es aber nicht möglich, den paritätischen Arbeitsnachweis sofort zu regeln. Es stehen ihm doch noch Bedenken entgegen, die von den Sozialtheoretikern noch nicht genügend gewürdigt werden. Ich meine also, die Verhältnisse sind jetzt noch nicht derart, um zu einem obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis zu gelangen; aber es fehlt in einem solchen ein erreichbares Ziel, und ich habe deshalb auch in dem Arbeitskammergesetzentwurf dafür gesorgt, daß den Kammern die Möglichkeit gegeben wird, die Errichtung paritätischer öffentlicher Nachweise zu fördern. Zum Schluß bemerkte ich noch Herrn Hömelburg, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen sich völlig frei fühlen von aller Abhängigkeit von den Unternehmern. Sie sind redlich bestrebt, in dem Widerstreit der Interessen nachzugehen zu finden, was nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig ist und dem Frieden dient. — Die Bevredigung der Interpellation wird beiseißen. — Also. Beuwall (kon.) kommt dem Staatssekretär zu. Es sei für die Unternehmer vielleicht eine Notwendigkeit, eigene Nachweise zu schaffen wegen der für sie in Betracht kommenden besonderen Verhältnisse. Seine Freunde erwarten daher, daß die Regierung auf ihrem von dem Staatssekretär darzulegenden Standpunkte dauernd verbleibe. — Darauf erfolgt Belehrung. Schluß der Sitzung 6½ Uhr. — Morgen 11 Uhr: Trittelelung des Nachtragsetats, dann Weiterberatung der Arbeitsnachweis-Interpellationen, sowie einer weben noch eingesagten Interpellation der Nationalliberalen und Freisinnigen bei, die medlenburgische Beizusammenstimmung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ein zweites Bismarckbild ist in der Wandelhalle des Reichstages aufgestellt worden. Die Ausschmückungskommission des Reichstages hat den Verkauf eines Lenbachschen Bismarckbildes beschlossen, jedoch noch nicht definitiv bestimmt, welches von den mehrfach vorhandenen Lenbach-Bildern für den Reichstag angekauft werden soll. Um nun den Mitgliedern des Reichstages Gelegenheit zu geben, Vergleiche zwischen den vorhandenen und zum Verkauf gestellten Lenbachschen Bildern anzustellen zu können, ist dieses zweite Bild Bismarcks in der Wandelhalle aufgestellt worden, das dem Reichstag von anderer Seite als das erste zum Verkauf angeboten worden ist.

Oertliches und Sächsisches.

— Oberförster Grobe in Sanda wird am 1. Januar 1910 als etatmäßiger Oberförster aus Forstrevier Wörterbach bei Borna versetzt. Der Nachende war der erste Vorstand des im Jahre 1897 errichteten Stantoförstreviers Sanda.

— Der Königl. Garderobier Schlegel in Dresden erhielt die goldene Ehrenmedaille des Fürsten Hohenzollern'schen Hauses.

— Der König hat genehmigt, daß der in Sachsen thüringisch-hörige Preußische Oberbaudirektor a. D. Ludwig zu Velpeyza die nachstehenden Preise vertheile: 1. Klasse auf den

— Zum zweiten Male führt sich heute der Tag, da **Königin**

Karola, die Witwe unseres unvergesslichen Königs Albert, aus dem Leben schied, einem rechtsgleuten Leben, das in Gott und der Mägdenliebe, in Wohltätigkeit und Krankenfürsorge aufging. Wie

selten eine Fürstin war sie eine Landesmutter in des Volkes edelster Bedeutung, die überall Segen spendete und dadurch eine wirkliche Trostelin der Leiden ihres Volkes wurde. Danach gedenken an ihrem heutigen Todestage alle Sachsenherzen der edlen Samartiterin auf dem Throne.

— Wir erhalten folgende Zeichnung: „Im Bericht der ‚Dresdner Nachrichten‘ über die Reichstagswahl am 11. Dezember 1919 steht, ich habe behauptet, die Deutsche Reformpartei sei bei der Abstimmung über die Steuervorlage zusammengefallen. Das entrichtet nicht den Tatsachen. Ich habe das nicht von der Deutschen Reformpartei, sondern von der Wirtschaftlichen Vereinigung behauptet, wie ich mich überhaupt mit der Deutschen Reformpartei in meiner Rede nicht beschäftigt habe. Herr Reichstagsabgeordneter Zimmermann bitte mich um die Richtigstellung und ich siehe nicht an, Ihnen Wünsche zu entsprechen. Bitte, eicht nehmen Sie in Ihrem nächsten Blatte Korr. hieron. Hochachtungsvoll ergebenzt

Parlamentarisches Diner der ersten Kammer. Im
oberen Saale des Königl. Belvedere der Brühlschen

deren Ende des Abends veranstaltete der Präsident der Grünen Kammer Se. Exzellenz Herr Oberstmarischall Graf Bühn von Egnat ein parlamentarisches Diner, an dem 62 Herren teilnahmen. Unter den Anwesenden bemerkte man Se. Königl. Hoheit den Prinzen

verendem bewirte man Dr. Möbius, Sohn des Professors Johann Georg, die Herren Staatsminister, die Direktoren beider Kammern, eine großer Anzahl Regierungscommissionare und die Mitglieder der Ersten Kammer. Die Tafel war von Herrn Generaldirektor Sennig sinnig mit den Farben der Familie Bünchum von Edelstät — roja-

den Farben der sächsischen Flagge von Sachsen — weiß — geschmückt worden. Der Gastgeber nahm in der Mitte der Tafel Platz. Rechts von ihm sahen Se. Kanzler, Hoheit Prinz Johann Theodor, dann folgten die Herren Staatsminister Dr. von Küller, Oberbürgermeister Dr. Raubler, Staatsminister Graf Witzthum von Eckstädt und Kammerherr von Schönberg. Auf der linken Seite des Gastgebers saß Herr Präsident Dr. Vogel, daran schlossen sich die Herren Staatsminister Dr. von Otto, Sekretär Graf zur Lippe, Vizepräsident Opis und Oberbürgermeister Stiel. In der Innenecke der Tafel war in der Mitte Herr Oberbürgermeister Dr. Benkler platziert. Rechts jenseit der Herren Kriegsminister Freiherr von Hansen, Staatsminister a. D. von Mevich und Vizepräsident Bär und links die Herren Staatsminister Dr. Ged, Witzl, Sch. Mat Proi. Dr. Bach und Sekretär Anders. Den ersten Trintipruch brachte Se. Exzellenz Oberstmarquis Graf Witzthum von Eckstädt mit begeisterten Worten auf Se. Majestät den König aus. Darauf redachte Herr Oberbürgermeister Sch. Mat Dr. Benkler in formvollendeten Ausführungen der Königl. Sächs. Staatsregierung, für welche Se. Exzellenz Herr Finanzminister Dr. von Küller dachte und sein Glas auf ein friedliches Zusammenarbeiten der Kammer und der Staatsregierung erhob. Nach aufgeteilter Tafel blieben die Herren noch längere Zeit bei einer Zigarre und einem Glas Pilsner in anregendem Gespräch beisammen.

— Mit der Einführung einer neuen Verwaltungsordnung der Staatsseidenbahnen werden auch die Dienstbezeichnungen der Eisenbahn-Bauinspektionen, -Maschineninspektionen, -Telegraphen-
inspektionen, -Werksätterninspektionen und -Baubüros geändert;
sie führen vom 1. Januar 1910 ab die Bezeichnungen Eisen-
bahn-Baumüter, -Maschinenämter, -Elektro-
technische Ämter, -Werksätternämter und -Neu-
bauämter. Die Eisenbahn-Bauinspektionen Dresden-Neustadt II,
Chemnitz III, Adorf, Borna und Weida werden mit Ende dieses
Jahres aufgehoben.

— Die „Leipziger Zeitung“, das heutige halbamtl. Organ der sächsischen Staatsregierung, sah am 1. Januar 1910 das 250-jährige Bestehen feiern. Zur Urkunde geht auf das Jahr 1660 zurück, in dem der Buchhändler und Buchdrucker Timotheus Rösch die Konzession zur Herausgabe einer Zeitung erhielt, die am 1. Januar 1660 unter dem Titel erschien „Neue laufende Nachricht von Kriegs- und Weltändern“. 1672 nahm das Blatt den Titel an „Leipziger Posts- und Ordinari-Zeitungen“, den sie mit kurzen Unterbrechungen, bis 1711 hielt. Von da ab nannte sie sich „Leipziger Postzeitungen“, von 1731 ab „Leipziger Zeitungen“ und vom 1. Januar 1810 ab „Leipziger Zeitung“.

— Der Gesundheitszustand in den grösseren, über 15 000 Einwohner zählenden Orten des Königreichs Sachsen war im Oktober ein sehr günstiger; die tägliche Durchschnittstodenzifferlichkeit war geringer als in den beiden Vormonaten und in den früheren Sicherheitsmaassen des neuen Jahrhunderts.

in den früheren Oktobermontagen des neuen Jahrhunderts, während sie der mittleren Sterblichkeit aller gleichartigen deutschen Dörfer ziemlich genau entsprach. Nach der Höhe der Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr be-
rechnet) ergibt sich nachstehende Reihenfolge der ländlichen
Gemeinde: 21.0. Weergane 1908. Sitten 164. Reichenbach i. S.

Orte: Aue 21,0, Meerane 19,6, Zittau 16,4, Mittweida 15,0, Freiberg 16,2, Zwiedau 16,0, Bautzen 15,4, Chemnitz 15,3, Meißen 15,0, Bautzen 14,1, Werden 14,4, Glauchau 14,8, Leipzig 13,7, Dresden 13,1, Pirna 13,0, Grimmaischau 12,1, Töpzig 11,9, Blumen 1, 2, 11,9, Mittweida 11,5, Stötteritz 10,2, Annaberg 9,4. Die Abnahme der Sterbefälle seit dem Vormonat hat sich lediglich unter den Kindern im ersten

Lebensdöhre geltend gemacht und war hier ganz beträchtlich, während unter den höheren Lebensaltern eine, wenn auch geringe Zunahme eintrat. Die günstigeren Verhältnisse gegenüber früheren Jahren haben sich indessen nur bei letzteren gezeigt. Die Säuglingssterblichkeit war im Vergleich zur Zahl der Geburten geborenen am größten in Meerane, Grimmaischau, Aue, Reichenbach i. V., Pirna, Bautzen, Chemnitz, Mittweida, Zwönitz, Meissen, Freiberg, Zittau, dem großstädtischen Durchschnitt entsprach sie in Bautzen und Löbau, und am geringsten war sie in Werdau, Glauchau, Plauen i. V., Stötteritz, Dresden, Leipzig und Annaberg. — Unter den Todesursachen haben im Oktober die Krankheiten der Verdauungsorgane stark abgenommen, sie blieben aber (nun schon seit vier Monaten) bei weitem vorherrschend. Erheblich zugenommen haben dagegen die Krankheiten der Atmungsorgane, aber doch lange nicht in dem Maße, wie sonst in dieser Jahreszeit. Besonders zahlreicher wurden auch die Tuberkulosefälle. Von den Infektionskrankheiten war infolge andauernder Zunahme